

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Bedarfsfeststellung und Vergabe einer Ingenieurleistung zur Machbarkeitsstudie einer Erweiterung der nördlichen und südlichen Seite der Hohenzollernbrücke

Beschlussorgan

Verkehrsausschuss

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	19.06.2018

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Vergabe einer Ingenieurleistung für die Erstellung einer externen Machbarkeitsstudie zur Untersuchung einer Erweiterung der Hohenzollernbrücke an und beauftragt die Verwaltung, ein entsprechendes Vergabeverfahren durchzuführen.

Die Kosten betragen voraussichtlich rd. 152.000 €. Die Mittel sind im städtischen Haushaltsplan 2018 (inkl. der Finanzplanung bis 2021), im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2018 berücksichtigt.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input checked="" type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	<u>152.000</u> €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

Einsparungen: ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

Begründung

Aufgrund des immer höher werdenden Verkehrsaufkommens auf der Hohenzollernbrücke durch Radfahrende und zu Fußgehende wurde die Verwaltung mit dem Änderungsantrag AN/1906/2017 in der Sitzung des Rates am 19.12.2017 und des Verkehrsausschusses am 10.10.2017 in Verbindung mit der Vorlage Nr. 2036/2017 beauftragt, eine Erweiterung der Hohenzollernbrücke tiefergehend zu untersuchen. Die Verwaltung beabsichtigt die Vergabe einer Machbarkeitsstudie, um zu überprüfen, ob eine Erweiterung der nördlichen und südlichen Seite der Hohenzollernbrücke grundsätzlich möglich ist. Hierzu ist die Verwendbarkeit der alten Senkkästen im Rhein und der Widerlager im Uferbereich rechnerisch zu untersuchen. Zudem wird die Statik der Hohenzollernbrücke bereichsweise nachgerechnet, um abzuschätzen, welche Auswirkungen die zusätzlichen Belastungen auf die Bahnbrücken haben und ob eine Verbreiterung des vorhandenen nördlichen Weges aus statischen Gründen machbar ist.

- **Untersuchung auf der Südseite**

Die Senkkästen im Rhein, die sich im Bereich der nicht wieder aufgebauten Brückenpfeiler befinden und die alten Widerlager könnten für den Neubau einer Brücke parallel zur heutigen südlichen Brückenkonsole verwendet werden. Der Zustand der Bauteile mit einem Alter von 110 Jahren kann bisher nicht sicher abgeschätzt werden.

In der Machbarkeitsstudie soll die Möglichkeit einer Erweiterung durch eine eigenständige Brücke auf der Südseite mit einer Breite von ca. 8 m bewertet werden.

- **Untersuchung auf der Nordseite**

Die nördliche Brückenkonsole ist 3,5 m breit und an der in den 1980er Jahren fertiggestellten S-Bahn-Brücke befestigt. Hier ist die Machbarkeit der Verbreiterung des vorhandenen Geh- und Radweges durch eine Kragarmverlängerung zu überprüfen und die maximal mögliche Kragarmlänge zu ermitteln.

Bei der Feststellung einer möglichen Erweiterung sind in der Studie die Rahmenbedingungen für die weitere Planung und ggf. weiterer Untersuchungsbedarf aufzuzeigen. Nach einer positiven Beschlussfassung könnte dann mit einem Wettbewerbsverfahren zur Brückenplanung begonnen werden.

Vergabe

Die Kosten für die Machbarkeitsstudie betragen nach einer ersten Kostenabschätzung rd. 152.000 € brutto. Der Bedarf zur externen Vergabe der Planungsleistungen wurde vom Rechnungsprüfungsamt am 16.03.2018 unter RPA-Nr.: BD 2018 / 0389 anerkannt (siehe Anlage 1). Die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes werden im Zuge der weiteren Planung berücksichtigt. Das Vergabeverfahren soll im Rahmen einer nationalen Ausschreibung durchgeführt werden. Es ist mit einer Bearbeitungszeit von ca. 12 Monaten zu rechnen.

Finanzierung

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich rd. 152.000 €. Die benötigten Mittel sind im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsplan 2018 (inkl. der Finanzplanung bis 2021) berücksichtigt.

Anlage:

Anlage 1 - Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes